

Kaukasische Post

 04706940
 8084000000

Erscheint 2-mal wöchentlich:

am Donnerstag und am Sonntag.

 Bezugspreis: 15 Abl. für 2 Monate. Anzeigen:
 die 3-mal gepaltene Kleinzelle auf der ersten
 Seite—60 Kop., auf der 4. Seite—40 Kop.

Nr. 6.

Tiflis, den 23. Januar 1919.

11. Jahrgang.

Von der Redaktion.

Aus technischen Gründen werden wir von heute ab die Nummern der „Kauf. Post“ bis auf weiteres am **Donnerstag** (statt Mittwoch) und am **Sonntag** (statt Sonnabend) erscheinen lassen.

Zur Außenpolitik der Republik Georgien

IV.

Die armenisch-georgische Konferenz zur Entscheidung verschiedener mit dem Waffenstillstand zusammenhängender Fragen hatte, wie bereits erwähnt, ihre Tätigkeit am 10. d. Mts. begonnen und ist, nachdem sie ihre Aufgabe gelöst, am 15. d. Mts. geschlossen worden. Über die Beschlüsse dieser Konferenz sei nachstehendes laut Berichten in den Tageszeitungen („Vorja“ u. a.) mitgeteilt:

In allen prinzipiellen Fragen zeigte sich eine so tiefe Kluft zwischen den Auffassungen der Parteien, d. h. der Armenier (auf der Konferenz vertreten durch: M. M. Arutunjan, General Korganoff, S. J. Mamifonjan, A. Chatschatrian, Ter Chatschatrian und I. Christarian) und der Georgier (vertreten durch: S. P. Gegeschkori, N. B. Ramischwili, Gen. Gedewanoff und N. Sabachtaraschwili), daß es zu keiner Vereinigung gekommen wäre, hätte nicht die „dritte (neutrale) Macht“ in der Person ihrer Vertreter (von englischer Seite Oberst Stuart und von französischer Seite Konful Duroix und Kapitan Doibare) das entscheidende Wort zu sprechen gehabt.

Der erste Streit entstand in der Frage über die Linie, auf welcher die Truppen der Republik Georgien stehen bleiben sollen. Die georgische Delegation beanspruchte, die Stellen behaupten zu dürfen, welche die georgischen Truppen im Moment der Einstellung der Feindseligkeiten, d. h. am Witternacht vom 31. Dezember auf den 1. Januar innegehabt haben. Die armenische Delegation forderte, daß die georgischen Truppen auf die Linie zurückgingen, welche sie „im Moment der Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages“ (25. XII.) innehabten. Nach Klarstellung beider Standpunkte erklärten sich die Vertreter der Verbündeten mit dem Standpunkt der georgischen Delegation einverstanden. Dementsprechend lautet auch der Beschluß der Konferenz gütlich für die Georgier. Gegen diesen Beschluß haben die armenischen Delegierten einen schriftlichen Protest eingelegt.

Die nächste Frage, die große Meinungsverschiedenheiten auf der Konferenz hervorrief, betraf die Administration in der neutralen Zone (des Kreises Vorchalo). In dieser Frage beantragten die armenischen Delegierten, ein Kommissariat aus 3 Personen zu bilden, und zwar: aus einem Vertreter der georgischen Regierung, einem Vertreter der armenischen Regierung und einem Vertreter der örtlichen Bevölkerung, wobei dieses Kollegium sich unter der Kontrolle des Kommandos der Verbündeten befinden sollte. Die georgische Delegation schlug einen anderen Bestand des Kommissariats vor: aus je einem Vertreter der Regierungen Armeniens und Georgiens und je einem Vertreter der in der neutralen Zone anwesenden Nationalitäten. Im Laufe der Verhandlungen vereinfachte die georgische Delegation ihren Vorschlag dahin: das Kommissariat solle nur aus je einem Vertreter Georgiens und Armeniens bestehen, mit Überweisung aller Fragen, welche Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Vertretern hervorrufen würden, zwecks Entscheidung an das Komman-

do der Verbündeten. Dieser Vorschlag wurde von der Konferenz angenommen.

Die dritte Frage, die von der Konferenz entschieden wurde, betraf die Eisenbahnlinie innerhalb der neutralen Zone. Die armenische Delegation beantragte, auf dieser Linie den Eisenbahnverkehr unter Leitung einer gemischten Kommission (ähnlich der oben erwähnten Verwaltungskommission) wiederherzustellen. Die georgische Delegation schlug die Übergabe der gesamten Eisenbahnangelegenheit an das Verkehrsministerium der Rep. Georgien vor. Gegen diesen Vorschlag wurden seitens der armenischen Delegation Einwendungen gemacht, die in der Behauptung gipfelten, daß hierdurch die Neutralität des strittigen Gebietes gefährdet und die Zukunft desselben beeinträchtigt werden dürfte. Ungeachtet dessen haben die Vertreter der Verbündeten, ausgehend von Erwägungen sachlichen Charakters und bemüht um die möglichst weitgehende Sicherstellung des Eisenbahnverkehrs, sich entschieden für die bedingungslose Annahme des georgischen Vorschlags ausgesprochen. In diesem Sinne ist auch der diesbezügliche Beschluß der Konferenz abgefaßt, gegen den aber die armenischen Delegierten ebenfalls einen schriftlichen Protest verabreicht haben. Der Vorsitzende der Konferenz, Oberst Stuart, hat hierauf die georgische Delegation, Maßregeln zu ergreifen zur möglichst schnellen Verwirklichung dieses Beschlusses.

Die armenische Delegation suchte hernach die Frage der Organisation einer Administration für den Kreis Achalalaki auf's Tapet zu bringen. Gegen diesen Vorschlag wurde von der georgischen Delegation Verwahrung eingelegt. Die georgischen Delegierten erklärten, daß Fragen, die diesen Kreis betreffen, zur Zahl der Fragen über das Innenleben der Republik Georgien gehören und daß mit solchen Angelegenheiten weder die armenische Regierung noch die Konferenz sich zu beschäftigen berufen sei. Insbesondere betonten hierbei die georgischen Deputierten, daß auch die Bildung von gemischten Kontrollkommissionen von der georgischen Regierung auf dem Wege der inneren Verwaltung besorgt werden wird. Die Vertreter der Verbündeten schlossen sich den Erwägungen der georgischen Delegation an, und die Frage betreffs dieses Kreises wurde der Beratung auf der Konferenz entzogen.

Bei Besprechung der Frage über die Kriegsgefangenen wurde von der armenischen Delegation in Vorschlag gebracht, auch diejenigen Personen armenischer Nationalität auf freien Fuß zu setzen, die in Georgien seit Ausbruch des Krieges arretiert wurden und gegen die keine Beschuldigung wegen krimineller Vergehen vorgebracht worden ist. Die georgischen Delegierten erklärten, daß die Annahme eines solchen Vorschlags seitens der Konferenz eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Georgiens bedeuten würde und daher nicht Gegenstand der Beratung auf dieser Konferenz sein könne. Die Erwägungen der georgischen Delegation fanden Anlaß bei den Vertretern der Verbündeten; sie erklärten, daß die Frage über Befreiung der in Georgien verhafteten Armenier der Beratung seitens der Konferenz zu entziehen sei.

In der Frage über die Maximalbestände der Garnisonen wurde zwischen den Parteien eine Übereinstimmung erreicht. Bei Besprechung dieser Frage richtete die Vertretung Georgiens an Oberst Stuart die Anfrage: „Garantiert das Kommando der Verbündeten Georgien, daß es nicht von Seiten Armeniens auf's neue angegriffen werden wird?“ Hierauf antwortete Oberst Stuart: „Das Kommando der Verbündeten gibt die geforderten Garantien; ein neuer

Überfall auf Georgien von Seiten Armeniens würde als casus belli (Ursache eines Krieges) nicht zwischen Armenien und Georgien, sondern zwischen Armenien und den Verbündeten betrachtet werden.“

Soweit die militär-politischen Fragen, die von der Konferenz erledigt werden sind.

Auf Anregung der armenischen Delegation kam noch die Angelegenheit der Don's zur Sprache. Die Vertreter der Verbündeten erkannten, entgegen den Erwägungen der georgischen Delegation, daß diese Frage wohl der Durchsicht seitens der Konferenz unterliege. Die georgische Delegation schlug darauf Oberst Stuart vor, es der armenischen Regierung zu überlassen, sich in dieser Angelegenheit an die georgische Regierung mit einer schriftlichen Eingabe wenden zu wollen. Dieser Vorschlag wurde von Oberst Stuart angenommen.

Die gleichfalls von der armenischen Delegation angeregte Frage über Befreiung der Summen, die, als der Regierung Armeniens gehörig, bei Ausbruch des Krieges von der georgischen Regierung in den tifliser Banken beschlagnahmt worden sind, und zwar, wie die georgischen Delegierten erklärten, nach dem „Recht des Krieges“, wurde, weil nicht vor die Konferenz gehörend, nicht weiter besprochen.

Aus obiger Darlegung geht unzweifelhaft hervor, daß auch auf der Konferenz die georgische Sache über die armenische gestellt hat, wobei besonders zu beachten ist, daß dieser Sieg kein Gewalttätig ist, sondern ein Rechtssieg, weil ihm das gerechte Urteil der neutralen „dritten Macht“ zugrunde liegt, an deren Entscheidung der strittigen Fragen in moralischer Hinsicht die armenische Regierung doch wohl nichts auszuwenden finden dürfte, da ja Vereinigenommenheit dieses Schiedsgerichts für die georgische Sache von vornherein ausgeschlossen erscheint.

General Tompson und Sjako Sjaakjan

über die Aufgaben der Entente in Transkaukasien.

Die „Vorja“ hat in Nr. 8 v. 12. I ein Zweiggespräch zwischen General Tompson und Sjako Sjaakjan, der, am 27. XII aus der Haft entlassen (vgl. frühere Mitteilungen über den Bakur Streif), sofort zu erstem beschieden wurde, veröffentlicht, dem wir folgende interessante Stellen entnehmen:

General Tompson. ... Ich habe Sie, unabhängig von dem Streif, auf die Bitte General Wischegradow's befreit, mit dem ich seit langem, noch von unserem gemeinsamen Kampfe an der Mesopotamischen Front fer befreundet bin. Das Mißverständnis ist liquidiert. Lassen wir die Frage, inwiefern Ihre und der anderen Verhaftung gütlich oder ungesüßlich war, desgleichen die Frage, ob der Streif der Arbeiter gütlich oder ungesüßlich war, auf sich beruhen. Der Streif ist zu Ende. Er hat mich mit der Stimmung der Arbeiterchaft vertraut gemacht und ist organisiert verlaufen. Bei diesem Incident hat es weder Sieger noch Besiegte gegeben; es gibt lediglich eine Vereinbarung. Wir machen gern unsere Fehler gut, und zwar aus freien Stücken, nicht aber weil wir uns vor irgend jemand fürchten. — Sjako: ... Auch ich bin froh, daß der Streif zu Ende ist, aber noch mehr freut es mich, daß er so glücklich gendert hat, so ganz ohne Zwischenfälle unliebsamer Natur, und daß es den dunklen Mächten gelungen ist, die Streitenden zu unüberlegten Schritten

provocieren. . . In Batu, muß ich bemerken, gibt es der dunklen Mächte gar viele, die in den Traditionen der zaristischen Selbstherrschafft und der Diktator-Abteilungen groß geworden sind. Diese Mächte können durch ihr verärrertes Verhalten und ihre geriebene Provokation jedermann, wer es auch sei, irreführen, sofern er die Bedingungen unseres Lebens und die speziellen Baku'er Lebensbedingungen nicht kennt. Sie, die Engländer, sind gewohnt, bei sich in der Heimat auf's Wort zu glauben, wohl wissend, daß jeder für sein Wort verantwortlich. Bei uns dagegen gibt es viele Dunkelkammer, die aus dem Hinterhalt zu wirken pflegen und des Mutes bar sind, für ihre Taten einzustehen. — General Tompson: „Sie müssen wissen, Herr Saafjan, daß die Verbündeten hierher gekommen sind zu dem einen Zweck: bei Wiederaufrichtung Ihres großen Vaterlandes beihilflich zu sein, und ich werde glücklich sein, wenn es mir gelingt, die Ordnung in dem Teile Rußlands einzuführen, der zeitweilig meiner Verwaltung anvertraut ist, damit dieser Teil nach meinem Vortgang ohne besondere Erschütterungen zum Ganzen hinzugefügt werden könnte. Ich rechne hierbei auf die Mithilfe aller der gesellschaftlichen Elemente, welche für die Ordnung einsehen. Und je schneller wir unsere Aufgabe beenden, desto besser auch für uns. Sie müssen wissen, daß auch wir zuzuhause sein möchten. Wir sind nicht zum Vergnügen hier, sondern aus strengem Pflichtgefühl.“ — Sjafo: „Die Gründe Ihres Kommens sind sehr komplizierte. Auf einige von ihnen erlaube ich mir hinzuweisen. Die Verbündeten haben in Rußland weitgehende ökonomische und finanzielle Interessen. Die Verbündeten können nicht umhin, für die Befriedigung dieser Interessen Sorge zu tragen, und welche Parteien auch immer an der Spitze der Verwaltung in den Ententeländern stehen mögen, in einer Hinsicht werden sie sich nicht begegnen: in dem Bestreben, es nicht zuzugeben, daß ein Sedel der Erdoberfläche, d. h. Rußland, dauernd in den Flammen der Anarchie und des Zerfalls steht und von der übrigen Welt abgerissen ist. Unter den gegebenen Verhältnissen ist eine internationale Kontrolle und Einmischung nicht abwendbar. Damit zugleich aber verwandelt sich Rußland gewissermaßen in einen Teil des Territoriums der verbündeten Reiche. Das bedeutet nun soviel, als daß man in absehbarer Zeit von Rußland aus von einem souveränen Staat ernstlich nicht reden können. Einstweilen wird Rußland sich im Zustande eines nicht-souveränen Staates befinden. Je länger diese Zeit sein wird, desto besser sowohl für uns als auch für die Verbündeten. Wir hoffen, daß die bevorstehenden Wahlen in die Parlamente der verbündeten Reiche den Elementen das Übergewicht geben werden, welche aufrichtig Rußland helfen wollen, sich wieder aufzurichten. Welche Elemente verbünden jedoch die Genesung Rußlands? Sie, Herr General, und viele meiner Kompatrioten weisen die ganze Zeit auf die Bolschewiki hin. Man sollte aber nicht außer acht lassen, daß außer den Bolschewiki von links, dem roten Bolschewismus, es noch einen Bolschewismus von rechts gibt: den schwarzen Bolschewismus. Das Unglück, welches der rote Bolschewismus und dessen Führer Lenin Rußland gebracht hat und fortgesetzt bringt, ist allen bekannt. Aber welche ein Unglück uns der schwarze Bolschewismus gebracht hat und bringt, darüber denkt niemand nach, noch spricht man davon. Der Bolschewismus von rechts ist ein grausamer Feind des Fortschritts und der Aufklärung; er ist finstere Reaktion, an deren Spitze die gutschefterlich-bürokratischen Kreise marschieren. Wer Rußland gesund machen will, der muß sich auf die lebensvollen Elemente unserer Gesellschaft stützen und im Namen der Volksherrschaft sowohl gegen den schwarzen als auch gegen den roten Bolschewismus kämpfen. . . Ich bin ein ganz gewöhnlicher Arbeiter der sozial-revol. Partei; ein besonderes Verlangen, mich mit Politik zu beschäftigen, hege ich nicht; ich bin Ökonomist und Statistiker und würde mich lieber mit Fragen meiner Spezialitäten beschäftigen, aber wie die Dinge eben liegen, geht das nicht gut an; die Betrachtung jedes ökonomischen Problems geht unausbleiblich in die Politik über.“ — General Tompson: „Auch ich beschäftige mich nur gezwungenermaßen mit Politik, bin ich doch nur Soldat. Da sind denn Fehler nicht zu vermeiden. Die Gesellschaft muß mir zu Hilfe kommen. Meine Türen stehen für jedermann offen. Wir kennen nicht alle Verhältnisse Ihres Landes. Eine regelrechte Information tut uns not.“ — Sjafo: „Das Sie, Herr General, schlecht informiert sind, sind wir zum Teil schuld. Aber wir haben bereits

einige diesbezügliche Maßregeln in's Auge gefaßt. So wollen wir eine Zeitung oder ein Journal in englischer und russischer Sprache herausgeben zwecks Informierung der Verbündeten über unser Land und seine Nothände. Außerdem haben wir beschlossen, Sie zu bitten, bei sich ein beratendes Kollegium aus unbefoltenen Männern der Öffentlichkeit ohne Unterschied der Parteien einzurichten. Die Informierung durch solch' ein Kollegium wäre das beste Mittel zur Bekämpfung von Provokation und Dunkelarbeit unverantwortlicher Personen.“ — Im weiteren Verlauf der Unterhaltung drückt General Tompson seine Bewunderung darüber aus, daß die Arbeiter nicht in das Abjerbejan'sche Parlament eintreten wollen, und erhält von Sjafo die Antwort, daß solches nicht angehe, so lange die Ausnahme ins Parlament nach dem Nationalitätsprinzip erfolge, da die Arbeiter ihrer Parteizugehörigkeit nach Internationalisten seien, die sich nicht nach ihrer nationalen Zugehörigkeit von einander trennen können. Sollte aber das Parlament sich auf den Standpunkt der Zulässigkeit von Vertretungen auch von den Parteien stellen, so würden die Arbeiter sich nicht weigern, auch ihrerseits Abgeordnete in das Parlament zu entsenden. — Hierauf erwidert General Tompson: „Wenn auf beiden Seiten der gute Wille nur da wäre, so ließe sich der Eintritt der Arbeiter in's Parlament schon erreichen. Wir müssen uns doch endlich mit einander verständigen. Stellen Sie sich mal vor, die englische Armee zöge morgen von hier ab. Zuvor müßten doch Ordnung und Ruhe sichergestellt sein. Jrgend eine Regierungsgewalt muß geschaffen werden.“ — Sjafo: „Wir weisen den Gedanken, eine gemeinsame Plattform ausfindig machen zu können, durchaus nicht von uns ab. Was aber die Möglichkeit eines baldigen Rückzugs der englischen Armee anlangt, so würde ich ihn als ein großes Unglück betrachten, denn dann würde eine Schlächterei zwischen den einzelnen Nationen beginnen. Das heißt aber noch nicht, daß das Bajonett stark genug wäre, Ordnung herzustellen. Nötig ist in erster Linie die Arbeit der Demokratie selbst; die englische Dölsa sollte nur die Bedeutung eines ergänzenden Nachschatzors haben, freilich in etwas anderer Form als bisher. Man sollte auch hier die traditionellen Regeln der engl. Politik beobachten... Die Geschichte Englands hat mich gelehrt, daß in fremde Länder zunächst der engl. Kaufmann kommt, hernach der Diplomat und dann erst der Soldat. Zu uns ist aber nur das Bajonett gekommen, und wir sehen weder den engl. Kaufmann, noch den engl. Diplomaten. Möge der englische Kaufmann schneller zu uns kommen, aber nicht als Haß-abtschneider (im übertragenen Sinne), deren wir hier übergenug haben, sondern als englischer Industriegeizus. Möge zu uns bald auch der englische Diplomat kommen, aber nicht als Intrigant — Intriganten haben wir hier viele —, sondern als Vertreter und Interpret der Gedanken des großen, freien England. Der englische Industriegeizus wird unser Land befruchten, der englische Diplomat aber wird das Schwierige unserer verwickelten Lage in Rechnung ziehen und bei den trüben Wölkern die gesellschaftlichen Elemente ausfindig machen, die auf dem Boden der zeitgenössischen Anforderungen stehen. Die Wiedergeburt und die Entwicklung der produzierenden Kräfte des Landes und die Verbreitung der Prinzipien der Magna charta und der Habeas corpus-Akte werden mehr bewirken als Bajonette.“ — General Tompson: „Wir sind hierher gekommen, nicht um Krieg zu führen, denn der Krieg ist gottlob! zu Ende. Unsere Absichten sind friedliche, und deshalb sind unserer Bajonette hier nur wenige, obgleich wir deren mehr haben könnten. Nur einiger Wunsch, ich, Ihre Heimat glücklich zu sehen, denn das liegt sowohl in Ihrem als in unserem Interesse. Wir werden Ihnen bei der Wiederherstellung und Entwicklung der produzierenden Kräfte beihilflich sein. Wir tun bereits nicht wenig für Ihre Arbeiter hier in Baku, und diese Mithilfe wird fort dauern. Nicht unsere Fehler ausnutzen, sondern uns helfen, darauf kommt es an, sollen wir und Sie mit vereinten Kräften möglichst schnell Ihr Land zur Ruhe bringen. Ich werde Ihre Vorschläge im Auge haben und nötigenfalls Ihre Mithilfe in Anspruch nehmen.“

Inland.

Wie aus dem Ministerium des Äußeren mitgeteilt wird, hat die georgische Delegation, die zur Friedenskonferenz nach Paris abgereist ist, am 18. d.

Mts. um 11 Uhr morgens auf einem englischen Dampfer von Batum aus die Fahrt nach Konstantinopel angetreten. Auf Veranlassung des Ministers der Landwirtschaft hat das tsk. Stadamt eine Kommission ernannt, im Bestande des Stadtbereordneten Rikwabje und Ing. Muschabje, zwecks Beteiligung an den Arbeiten der Regierungskommission zur Übernahme der tsk. Schwefelbäder in den Besitz und die Verwaltung des georg. Staates (auf Grund eines seinerzeit von uns bereits erwähnten, unglücklich erlassenen allg. Gesetzes über Verstaatlichung der Mineralquellen). Eine englische Mitteilung über die georgische Eisenbahn besagt, daß der Weg von Batum nach Baku insland gesetzt ist u. daß infolgedessen die Sendungen für General Dellefon über das Kaspijsche Meer erheblich leichter zu bewerkstelligen sind. Die Überwachung des weßl. Teiles der georg. Eisenbahn, sofern es sich dabei um künstliche Anlagen, wie Tunnels, größere Brücken und dgl. m. handelt, hat die engl. Mission übernommen. Zu diesem Zweck find eine Kompagnie Sipahi und 1/2 Kompagnie Indier (diese speziell für die Station Supsja) zur Verfügung des Generalgouverneurs des Eisenbahn-Exploitationsbezirks gestellt worden, der für ihre Unterbringung in geeigneten Aufenthaltsräumen (Kasernen etc.) Sorge zu tragen hat. Der englische Stab siedelt aus Batum nach Tiflis über. Zugleich mit den engl. Echelons treffen allerart Produkte, nicht ausgenommen gepreßte Butter, fonderterter Schmand, Milch, allerlei Konerven, Fougage für Pferde etc. ein, die für Verpflegung des englischen Truppen bestimmt sind. Es sind sogar 2 Waggons mit unfertigem Leder und dem erforderlichen Material zu seiner endgültigen Herstellung angekommen. In Tiflis ist aus Batum eine Partie englischer Pferde (gegen 1000) eingetroffen und in den Stellungen auf dem Artillerie-Platz untergebracht worden. Es wird geplant, eine englisch-kaukasische Handelspalate zu organisieren, um den Handel und das Gewerbe Transkaukasiens zu fördern. Aus England sollen in den Kaufhaus Maschinen und andere Waren eingeführt und nach England verschiedene hiesige landwirtschaftliche Produkte und andere örtliche Erzeugnisse ausgeführt werden. In der Kanzlei der Volksuniversität in Tiflis werden Anmeldungen für die III. Gruppe zur Erlernung der englischen Sprache entgegengenommen. Die erste Stunde der II. Gruppe hat am 16. d. Mts. im Lehrer-Institut stattgefunden. Wie die „Vorba“ zu berichten weiß, wird beim Gymnasium der Juristin S. W. Argutinski-Dolgorskukij in Tiflis ein englisch-französischer Klub für Kinder und für die reifere Jugend eröffnet. In der „Vorba“ v. 16. d. Mts. findet sich eine Mitteilung aus Poti, nach welcher schon seit mehr als acht Tagen kein Dampfschiff in den Hafen eingelaufen ist. Die „Barana“, auf welcher die letzte Partie deutscher Truppen den Kaukasus verlassen soll, ist hier so ziemlich das einzige Schiff (außer der „Sjangler“) und einem engl. Minenboot, sonst ist weit und breit kein Schiff zu sehen. Was die deutschen Truppen anlangt, so sind sie deshalb noch nicht befördert worden, weil ihnen der Weg über Nikolajew oder einen anderen Hafen Südrußlands nach Norden hju. Westen durch die revol. Bewegung in der Ukraine, Polen, Litauen, Baltien usw. verlegt ist. Sie hoffen aber, die Zustimmung der Verbündeten zur Reise durch den Bosphorus und über Konstantinopel nach Trief zu erhalten und so mit der Zeit doch fortzukommen. — In der Stadt graßiert der Typhus. Derselben Mitteilung zufolge, verbreiten die Bolschewiki unter den örtlichen Truppen massenweise Proklamationen aufrührerischen Inhalts. Nebenbei sei bemerkt, daß nach unseren Informationen auch die Deutsche Delegation bis auf den heutigen Tag wegen Mangel an Beförderungsmitteln über Poti nicht hinaus gelangt ist. „Michal“ teilt mit, daß A. Dschamaljan auf den Posten eines diplom. Vertreters der Republik Armenien in Georgien nicht zurückkehren wird. In Tiflis treffen täglich armenische Kriegsgefangene ein, die seinerzeit nach Kutais verschickt wurden.

1903
1903

Seit vorigen Sonntag wird anstatt der gepöberten „Rautastafko Slowo“ die „Sawlawstafko Slowo“ herausgegeben. Die äußere Gestalt und Inhalt des Blattes unterscheiden sich durch nichts von denen seines Vorgängers (Organ der armenischen Bourgeoisie).

→ Eine neue armenische Zeitung „Aratsch“, Organ des Zentral-Komitees der Partei „Dschakartjun“ in Georgien, hat in Tiflis zu erscheinen begonnen.

→ Der Transkaukasische Verband der Kooperative hat eine bedeutende Partie Weizenmehl in Odessa angekauft. Ferner hat der Verband 10 Maggonn Zucker und Galanteriewaren in Poti käuflich erworben.

→ Auf der Wursfabrik desselben Verbandes (der Kooperative) ist infolge erhöhter Nachfrage nach Wurst und dgl. m. der Betrieb verdreifacht worden. Die Fabrik stellt hier: Schinken, Leberwurst (geflochten und geräuchert), Wiener Würstchen (Bieschen) etc.

→ Auf der Trocknungsstation des nämlichen Verbandes werden versch. Sorten Marmelade (Satzmas), Pastila (mit Honig oder Zucker gefochter Obstsatz) in Tafelform und andere Erzeugnisse aus Äpfeln hergestellt.

Ausland.

Den Mitteilungen der Georgischen Telegraphen-Agentur, die sehr umfangreich sind, entnehmen wir die allerwichtigsten, und zwar folgende:

Ein deutscher Funkpruch vom 19. d. Mts., dessen Anfang fehlt, besagt, daß die Führer der Spartakusgruppe, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, in Berlin nach ihrer Verhaftung, ersterer anscheinend bei einem Fluchtversuch, letztere während ihrer Überführung in das Hafstloß, getötet wurden. Die näheren Umstände ihres Todes sind bisher nicht genau festgelegt. Die gesamte deutsche Presse, nicht ausgenommen streng konservative Blätter (z. B. „Deutsche Tageszeitung“ u. a.), äußert ihren Unwillen über die unzulänglichen Vorkehrungen zum Schutze der Arrestierten, die in einem Rechtsstaat in keinem Falle ihrem ordentlichen Richter entgegen werden dürfen. Scheidemann erklärte auf einer Versammlung in Kassel anlässlich des Todes Liebknechts und der Luxemburg: „Ich bedauere sehr, daß beide als Opfer eines Verbrechens gefallen sind, aber sie selbst haben das Volk tagtäglich aufgerufen, zur Waffe zu greifen, und den gewaltsamen Sturz der Regierung gefordert. Nun sind sie selbst Opfer ihrer eigenen blutigen Taktik geworden.“ Allgemein wird aber anerkannt, daß mit Beseitigung der Hauptankreife des Spartakus-Aufstandes dieser, für Berlin wenigstens, wenn auch nicht für das ganze Land, so ziemlich als abgetan zu betrachten sei. — Der Wahltag, d. h. der 19. 1., ist in Berlin ohne Störung verlaufen. Die Verteilung an ten Wahlen (in die Nationalversammlung) war eine außerordentlich lebhaft und erinnerte an amerikanische Wahlzustände. Auch die Frauen nahmen an den Wahlen ihren Anteil. — Beratungen über Verlängerung des Waffenstillstandes, dessen Termin Mitte Januar abgelaufen ist, finden in Trier statt. — Die Abfertigung der Kriegesgefangenen seitens Deutschlands wird in allerhöchster Zeit beendet sein. Dagegen ist von Abfertigung der kriegsgefangenen Deutschen seitens der Ententemächte bislang nichts zu hören. Der „Vorwärts“ sieht in diesem „planmäßigen“ Zurückhalten der Kriegsgefangenen: „eine Verletzung aller früheren Kriegesbräute und der Gesetze der Menschlichkeit“. Die Subkommission der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaan, die für die Kriegsgefangenen zu sorgen hat, gibt eine genau Schilderung ihres vollen Mißerfolges hinsichtlich der Vermählungen um Auslieferung der deutschen Kriegsgefangenen seitens der Gegner, doch ändert das an dem Widerstand der letzten nichts. — Die belgische Regierung hat die Verteilung aller in Belgien befindlichen Deutschen angeordnet. Diese Maßregel betrifft 6000 Personen. — Die Lage in der deutschen Ostmark ist jetzt immer mehr zu Polnische Amtsstellen sprechen bereits von einer „Posener Front“. Nach Einnahme der Stadt Posen und einer ganzen Reihe kleinerer Städte und Siedlungen in dem erwähnten Gebiet, haben sich die Polen Bromberg bis auf einige Kilometer Entfernung genähert und dadurch die Eisenbahnverbindung zwischen Deutschland und Rußland über Alexanderow unterbrochen. Diese Vorgänge lassen deutlich erkennen, daß die derzeitige polnische Regierung vor aller Welt als mit Deutschland im Kriege befindlich betrachtet zu werden wünscht, mit dem Hintergedanken, dadurch auf dem Friedenskongress in Paris als

selbständige kriegsführende Macht anerkannt zu werden und mithin auf ihr Sit und Stimme in vollem Umfange zu erlangen. Die Klagen über Grausamkeiten, verübt von Polen an der deutschen Bevölkerung von des ersten „eroberten“ Gebiets, häufen sich. — Die Tscheden haben die bayrische Grenze teilweise besetzt. — Die Partei, welche das Großherzogtum Luxemburg als Republik proklamiert hat, sucht bei der französischen Regierung um Einverleibung des Landes in das Staatsgebiet Frankreichs nach.

Ein französischer Funkpruch lautet: Zum Vorsitzenden der Friedenskonferenz wurde einflussreicher Clemenceau erwählt, nachdem Präsident Wilson, der engl. Premier Lloyd Georg und der Vertreter Italiens Sonnino sich lebhaft für seine Kandidatur ausgesprochen hatten.

Einem englischen Funkpruch zufolge ist in der Sitzung der Präliminar-Friedenskonferenz v. 16. d. Mts. die Lage Rußlands zur Sprache gekommen, und wurde vereinbart, daß die „Regierungen einander mit dem ihnen zur Verfügung stehenden diesbezüglichen Material bekannt machen sollen, zwecks allgemeiner Klarstellung der Frage.“

Russische (bolschewistische) Funkprüche berichten über angebliche Erfolge der Bolschewiki im sibirischen Sibirien, namentlich in Omsk, wo sich ihnen die streikenden Eisenbahner angeschlossen haben sollen. Der Telegraph sei von letzteren unversichert gemacht worden, und sei infolgedessen die Verbindung mit der westlichen Front unterbrochen. — In Mailand soll eine „grandiose Demonstration“ zugunsten des Völkerbundes stattgefunden haben. — Die englische Regierung habe den Beschluß gefaßt, dem Druck der organisierten Arbeiterschaft nachgebend, das „neue Unternehmen“ in Rußland einzustellen und die englischen Truppen aus letzterem zurückzuziehen. U. j. w., u. j. w. Alles Nachrichten, bei denen „der Wunsch der Vater des Gedankens“ gewesen zu sein scheint.

Das Nationalitätsprinzip und die Internationale.

II.

W. P. Die Ideen der französisch. Revolution, verbreitet, aber gleichzeitig auch an ihrer normalen Weiterentwicklung in den ersten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts niedergehalten durch die große politische Bewegung, die mit dem Sturze Napoleons I. endete, hatten allenthalben fruchtbaren Boden gefunden. Wie es nicht anders sein konnte, war aber zu gleicher Zeit Weizen und Unkraut gesät worden, und Irrtum und Wahrheit, Einigkeit und Torheit hatten mit gleicher Macht die Gemüter erfaßt. Die Theorien der Volksbeglückung bildeten ein wunderliches Gemisch von abstrakten Ansichten, die durch die Erfahrungen des praktischen Lebens nicht begründet waren, oft aber auch zu rein selbstlichen Zwecken in Umlauf gesetzt wurden und durchaus nicht von Volksfreunden ausgingen. Bald darauf begann die große Bewegung auf dem industriellen Gebiet. Durch die Anwendung der Dampfkraft wurde der Maschinenarbeit und dem Fabrikwesen eine ungeahnte Perspektive eröffnet, und der damit anhebende vorübergehende Vernichtungskampf gegen das Handwerk und den Kleinbetrieb drängte ganz unvermittelt einen Teil der Arbeiterschaft in einen Zustand der Unsicherheit und der Abhängigkeit, die ihr bis dahin unbekannt gewesen waren. Dieser neue und mächtige Strom von Kalamitäten, die in ohnein schon chaotische sozialpolitische Atmosphäre gab der sozialen Bewegung eine elementare Gewalt, und die sich aufdringenden Fragen wurden ein Gegenstand der Leidenschaften, so daß die Arbeit an ihrer möglichen Lösung dem besonnenen Teil der Gesellschaft entglitt und sich zu einem Kampf um reale Machtfaktoren gestaltete. Die Nationalökonomie als Wissenschaft existierte noch nicht, die zahlreichen, gelegentlich talentvollen Dilettanten aber, welche hier einzugreifen sich berufen fühlten, verfügten weder über die genügenden Hilfsmittel, noch über die nötige gelehrt und praktische Vorbildung, die eine wirkungsvolle geistige Durchdringung der aufgeworfenen Fragen ermöglicht hätten. Die hervorzugetragenen unter ihnen ließen sich von Parteinteressen und ihren Gefühlen, oft getragen durch eine übertriebene und ungeheure Sentimentalität für die Unterdrückten und Geknechteten, leiten und vermochten nichts zur Abhilfe der fraglos tiefen und schreienden Mißstände in den Arbeiterverhältnissen beizutragen. Die Regierungen wiederum standen fast ausnahmslos nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe und waren nicht imstande, dem Staatsmechanismus die ge-

nügende Elastizität zu geben, die notwendig, gewöhnlich und ferner begünstigt sich mit Repressalien, mit Zwangs- und Palliativmitteln, die nur die allgemeine Unzufriedenheit vermehrten.

Zumitten dieser Verwirrung hatte die radikale Opposition den größten Spielraum, und bereits Mitte der 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts war der „Bund der Kommunisten“ als extremste Gruppe zu einem Geheimbunde organisiert, der namentlich seine Tätigkeit in allen Ländern zu entwickeln suchte, soweit die Wachsamkeit der Regierungen es erlaubte. Inzwischen hatte sich Karl Marx in Deutschland als fühner und energischer Vertreter der Arbeiterschaft einen Namen gemacht und erhielt die Aufforderung, in den „Bund“ einzutreten, wobei gleichzeitig ein Kongress der Sozialisten in London in Aussicht genommen wurde. Dieser Kongress tagte Nov. 1847 und beauftragte Marx und Engels mit der Abfassung eines Parteiprogrammes, worin die hier verdichteten Ideen in eine feste Form gegossen werden sollten. So entstand das „kommunistische Manifest“, es erschien bereits im Jahre 1848 in deutscher, darauf in schneller Aufeinanderfolge in den anderen herrschenden europäischen Sprachen und wurde überallhin mit großem Geschick verbreitet. Marx, zur leitenden Stellung im Zentralkomitee gelangt, wurde weiter der Verfasser der Inauguraladresse und der Statuten, die auf dem internationalen Kongress in Genf 1866 endgültig bestätigt wurden. Wie der „Bund“ die erste Arbeiterorganisation war, die den internationalen Charakter der ganzen Bewegung betonte, so fand dieses Publikum auch in dem Programm den grundsätzlichen Ausdruck, daß „die Emanzipation der Arbeiter weder eine lokale, noch eine nationale, sondern eine internationale Aufgabe“ sei. Aus dem Mutterkörper der extremsten Elemente hervorgegangen, sind die weiteren Forderungen des Programms unverfänglich radikal und künden den schroffen Bruch mit der ganzen bestehenden Gesellschaftsordnung an, wobei die Erlösung von allen sozialen Übeln von dem endlichen Erfolge des rücksichtslosen Kampfes der Arbeiter erwartet wird.

Wir haben es hier mit dem Urtext des „Internationalen“, d. h. des kosmopolitischen Programms der internationalen Arbeiterassoziation zu tun, das in seinen Grundzügen, trotz des vielen Widerspruchs, trotz der verschiedenen Parteigattierungen namentlich in nationaler Hinsicht, trotz selbst der Spaltungen, die, durch die diktatorischen Tendenzen Marx' hervorgerufen, zur Auflösung der ersten Internationale führten, als einmal erklärtes Dogma durch die internen Streitigkeiten der Parteigenossen nicht ins Schwanken gekommen ist. Auf den späteren Kongressen wurde das Programm der Internationale immer aufs neue als leitender Grundfals aufgenommen und mit Zusätzen und Erweiterungen versehen, so daß es an Umfang zunahm, ohne dabei an seinem radikalen Gehalt Einbuße zu erleiden.

Aus dieser, in der weiteren Entwicklung des Programms erfolgten Verwässerung sei der Beschluß des Baseler Kongresses Sept. 1869 hervorzuheben: „Der Kongress erklärt, daß die Gesellschaft das Recht besitzt, das Privatigentum an Grund und Boden abzuschaffen und in gemeinsames Eigentum umzuwandeln.“ Er erklärt ferner, daß die Umwandlung eine Notwendigkeit ist.“

Im ferneren Verlauf der Parteipropaganda, die vorübergehend durch das von Lassalle vertretene nationale Prinzip denkwürdig war, zeigte sich die dominierende Stellung der extremen deutschen Arbeitervertretung, die in ihrer großartig organisierten Sozialdemokratie einen festen und stets zunehmenden Nährboden hatte, mit vollster Deutlichkeit, so daß der im Okt. 1891 in Erfurt tagende Kongress wiederum radikal marxistische Beschlüsse faßte und dieselben in dem sog. „Neuen Erfurter Programm“ zum Ausdruck brachte.

Wir müssen uns versagen, den umfangreichen Text dieses letzteren Programms hierher zu setzen, und wollen uns mit der Wiedergabe des für die Betrachtung Unerlässlichen begnügen. Nach der hier formulierten Auffassung gibt die soziale Frage in dem Kampf zwischen Kapital und Arbeit, wobei das Kapital, radikal marxistisch, als Exploitationsprodukt des Schwächeren durch den Stärkeren und die Arbeit als Zwangslage des Unterdrückten hingestellt sind. Die Entwicklung kolossaler Großbetriebe, das riesigste Wachstum der Produktivität menschlicher Arbeit, die Monopolisierung aller Vorteile durch die Kapitalisten und Großgrundbesitzer, die Verdrängung des Kleinbetriebes, den Bauer, den Handwerker und den Kleinhandl., und das Verfallen dieser Mittelschichten habe das kolossale Wachstum des Proleta-

riats zur Folge, so daß die ganze menschliche Gesellschaft der Knechtung durch das Großkapital, der Unterdrückung und dem Elend preisgegeben sei. Die Befreiung von dieser fortschreitenden Vergewaltigung des Menschengeschlechts und die gesellschaftliche Umwandlung zur harmonischen Bervollkommnung könne aber nur das Werk der Arbeiterklasse sein, denn alle anderen Klassen, trotz der Interessensfreiheiten untereinander, stehen auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln und der Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft. Um dieses Ziel der Befreiung nicht nur des Proletariats, sondern der ganzen menschlichen Gesellschaft zu erreichen, müßte die systematische und zungangsweise Expropriation alles Privateigentums an Produktionsmitteln, beweglich oder unbeweglich, d. h. aller Vermögens-effekten, sofern sie Produktionszwecken dienen, zum Besten der Gemeinschaft durchgeführt werden.

(Fortf. folgt.)

Aus dem deutschen Leben.

Über die Delegierten-Versammlung des Verbandes der transkaukasischen Deutschen, die vom 14.—18. d. Mts. in Tiflis tagte und eine Reihe wichtiger Beschlüsse gefaßt hat, werden wir in der nächsten Nummer ausführlich berichten.

Über die bevorstehenden Wahlen: am 9. Februar — in die tifliser Stadtverwaltung — und am 14.—16. Februar — in die georgische Gründungs-versammlung — werden wir gleichfalls in der nächsten Nummer Mitteilung machen.

Tiflis, 17. Januar 1919.

Mitteilung aus dem Gemeindeleben.

Auf der am 15. Dez. 1918 stattgefunden außerordentlichen Gemeindeversammlung begrüßte der Präsident des Kirchenrates die leider in geringer Zahl erschienenen Frauen unserer Gemeinde und beklagte die sie zu der Gleichberechtigung in Gemeindefragen. Darauf berichtete Herr Friedrich Hein über die Ergebnisse der Synodal-sitzung in Helenendorf am 17. Nov. 1918, soweit sie den An-schluss der tifliser Gemeinde an die Synode betreffen. Alle Änderungen und Zusätze, welche von der Gemeinde ver-langt wurden, sind von der Synode genehmigt worden. Nach Anhören des Berichtes beauftragte die Versammlung den end-gültigen Anschluss an die Synode. — Nach Erledigung dieses Punktes der Tagesordnung schritt die Versammlung zur Wahl eines Kirchenältesterrates anstelle des Kirchen-rates, weil solches von der Synodalordnung vorgegeben ist. Es mußten 2 Synodaldeputierte und 10 Kirchenältesten gewählt werden. Zu Synodaldeputierten wurden die Her-ren Fr. Hein und A. Briem gewählt und zu Kirchenältesten: Frau Dr. A. Rosenbaum, Fr. G. von Struwe und die Herren G. Kriffall, Fr. Schulz, H. Hägele, G. Barth, A. Senning, C. Hahn und A. Walling. Ein 10. Mitglied wurde auf der Versammlung am 29. Dezember 1918 gewählt. Die Wahl fiel auf Herrn R. Kottini. Auf derselben Ver-sammlung wurde auch eine Revisionskommission gewählt, bestehend aus Fr. C. Otten und den Herren G. Pfeffer und A. Mader. Darauf wurde der bisherige vom Kirchen-rat ernannte Küster Johannes Schulz zum stellvertretenden Küster der Gemeinde wieder gewählt. (Eine Wahl durch die Gemeinde ist von der Synodalordnung vorge-schrieben). — Endlich beschloß die Gemeinde noch, das neu-eröffnete Realgymnasium in eigene Verwaltung zu neh-men. — Nachzutragen ist ferner, daß am 1. Dezember 1918 auf einer vereinigten Sitzung des Kirchenrates, des Lehrpersonals der Petri-Pauli Schule und des Realgym-nasiums die Frage der Hundertjahrfeier der Petri-Pauli Schule beraten wurde. Im Oktober 1918 vollendeten sich bekanntlich hundert Jahre, daß unsere Vorfäter in Geor-gien, speziell in Tiflis, eintraten. Herrn A. Briem ist es in einer von ihm verfaßten wertvollen Geschichte der Schule u. a. gelungen, den Nachweis zu erbringen, daß mit Antunft der Kolonisten in Tiflis auch die Schule so-gleich ihre Tätigkeit begonnen hat. Somit hätte die Feier im Oktober 1918 stattfinden müssen. Verschiedene Gründe ließen es aber geratener erscheinen, die Feier auf den Frühling 1919 zu verlegen. Eine Kommission ist mit den Vorarbeiten zum Fest beschäftigt. — ag.

Bericht über den am 9. d. Mts. im „Russischen Klub“ zu Guntzen des evangelischen Siebenbürgers in Tiflis veranstalteten Familienabend.

Einnahmen:	
Eingang	675 Rbl. — Kop.
Spenden	490 — —
Büfett	2562 — 35 —
Post	36 — 50 —
Summa 3763 Rbl. 85 Kop.	

Ausgaben: Lokalmiete	550 Rbl. — Kop.
Klavierpieler (zum Tanz)	100 — —
Anzeigen u. Billet-bücher	73 — —
Abgaben	198 — 60 —
Büfett	1177 — 35 —
Summa 2098 Rbl. 95 Kop.	
Reinertrag:	1664 Rbl. 90 Kop.

Der Vorstand des Frauenvereins spricht hiermit seinen Dank allen denjenigen aus, die an dem Familienabend durch Spenden, Besuch und Arbeit teilgenommen haben.

Katharinenfeld, den 12./I. 1919.

Aus Deutschland zurückgekehrt, fühle ich mich sowohl dem Nationalrat, als auch der Schulkonferenz und den Gemeinen gegenüber verpflichtet, in Kürze über Verlauf und Ergebnis meiner Reise öffentlich zu berichten.

Den 6. August telegraphisch nach Tiflis berufen, fuhr ich am 7. von Katharinenfeld ab, in der Hoffnung, nach 2—3 Monaten wieder mit einem großen Besande von Büchern und Lehrmitteln glücklich in die Heimat zurückkehren zu können. Aber schon in Tiflis wurde die hoffnungsvolle Stim-mung ordentlich gedämpft, als wir bis zum 14. warten mußten, bis uns (Herrn Pfeffer und mir) die nötigen Papiere aus-gesfertigt waren. Laut diesen sollten wir mit dem Dampfer „Rhorosio“ von Poti aus zunächst nach Braila oder Kon-stantza fahren, wobei uns in Tiflis mitgeteilt wurde, daß das Schiff am 16./VIII. von Poti auslaufen würde. In Poti angelangt, erfuhr wir jedoch, daß „Rhorosio“ erst vor kurzem im Hafen eingelaufen sei und voraussichtlich nicht vor 2—3 Wochen wieder abfahren werde. Im Hafen lag zwar außer-dem der deutsche Dampfer „Corcovado“ fahrbereit und in dem Augenblick des Befehls gemäß, loszubringen. Da dieses Schiff jedoch nur für Militärpersonen bestimmt war und unsre Papiere ausdrücklich auf „Rhorosio“ lauteten, so gelang es uns erst nach wiederholten Verhandlungen mit dem Haf-enkommandanten Christianen, Plätze auf dem „Corcovado“ zu erhalten. Am 23./VIII. endlich bekamen wir die Erlaubnis, uns auf dem „Corcovado“ einzuschiffen. Da wir bis dahin schon 16 Tage von Hause abwesend waren, so konnte unsre Reise bei gleich schnellere weiterem Verlaufe höchstens bis Weihnachten vollendet werden; ein so lange Zeit aber konnte Herr Pfeffer als Leiter einer Schule nicht opfern, und er ent-schloß sich daher, hier wieder umzukehren.

Ich fuhr den 24./VIII., nachmittags, mit dem „Corcovado“ ab, ohne noch bestimmt zu wissen, ob er nach Braila oder nur nach Sevastopol ging; erst bei der Landung in Sevastopol wurde uns der bestimmte Bescheid, daß der Dampfer vorläufig nicht weiterfähre.

Da wir in Braila den Passierchein zur Überschreitung der deutschen Grenze hätten erhalten sollen, ich aber nun in Sevastopol abgesetzt wurde, mußte ich versuchen, entweder auf einem andern Schiffe nach Braila weiterzukommen oder hier in Sevastopol von der deutschen Kommandantur meinen Passierchein zu erhalten. Nach vielen Nachfragen und Suchen nach der richtigen Stelle erhielt ich von dem betreffenden Pass-offizier die Auskunft, daß jede Eingabe um einen Passierchein, einerlei ob diese in Sevastopol oder in Braila oder in Dvessa gemacht würde, erst den Weg zum Oberkommando der Di-Armeer in Rizev gehen müsse und von dort die Antwort ab-zuwarten sei, die übrigens in der Regel nicht vor 3—6 Wo-chen erfolge. Statt nun diese Antwort hier oder in Braila abzuwarten, hielt ich's für geratener, sofort nach Rizev zu fahren und dort in der Zentrale meine Passangelegenheit per-sönlich zu betreiben. So fuhr ich den 28./VIII. von Sevastopol ab und kam den 30./VIII., morgens 2 Uhr, in Rizev an. Nach unbeherrhen, bis zur physischen Ermüdung fortge-setzten Bemühungen gelang es mir endlich — 6 Tage nach meiner Ankunft in Rizev — meinen Passierchein zu erhalten, und kam ich dann über Golob, Warfschau, Alexandrow nach Berlin, genau 1 Monat nach meiner Abfahrt von Hause.

In Berlin, wo ich Herrn Th. Hummel und Herrn Bernstein fand, botte ich anfangs, mit ihrer Hilfe meine Geschäfte in 2—3 Wochen erledigen zu können, was wohl auch möglich gewesen wäre — in Friedenszeiten. Bei dem Kriegszustande jedoch durfte kein Ausländer das in seinem Passe verzeichnete Polizeirevier ohne besonderen Passierchein verlassen, und ich hatte vorläufig 20 Tage lang zu laufen und zu warten, bis ich die Erlaubnis zur Reise nach Leip-zig und Stuttgart erhielt. Neben den Passierereien brachte

ich in dieser Zeit die von den einzelnen Lokalen, einge-laufenen, sehr verschieden geordneter Bestellungen in ein einheitliches System und gruppierete die Gesamtbestellung in drei Teile mit den Empfangspunkten Katharinenfeld, Tiflis, Helenendorf. Die Reise nach Leipzig und Stuttgart erwies sich der Auswahl der Bücher wegen als unumgäng-lich, da sich in Berlin weder unter den Buchhandlungen noch Schulbüchern eine Sammelstelle fand, die uns die Neuerwerbungen auf dem Gebiete des Volksschulwesens in genügender Reichhaltigkeit zur Einsicht hätte vorlegen können.

So fuhr ich den 28./IX. nach Leipzig, wo ich in der Sortimentsbuchhandlung R. F. Kehler eine Firma fand, welche die meisten gangbaren Bücher und Lehrmittel aus dem eigenen Lager vorliegen, die übrigen zur Ansicht leicht beschaufen konnte. Man hätte diese Firma wohl die ganze Bestellung ausführen lassen können; da ich mich jedoch mit Herrn Hummel verabredet hatte, daß wir alles, was in Württemberg leicht zu haben wäre, in Württemberg be-stellen und uns zu diesem Zwecke in Stuttgart treffen woll-ten, so nahm ich noch von einer endgültigen Bestellung Abstand und traf jetzt nur eine vorläufige Auswahl. Diese betriebte mich selbst nicht durchweg, da oft gerade das Beste vergriffen und nach vielfeitigen Erkundigungen nirgends zu haben war, vielfach mangels Arbeiter und Papier eine baldige Neuaufgabe auch nicht in Aussicht stand. So mußte man oft nach wiederholter Umwahl schmerzlich von den besten Büchern absehen und auf dem stehen bleiben, was eben zu haben war.

Noch unangünstiger waren die Verhältnisse in Stutt-gart, wo Herr Hummel und ich uns am 2./X. trafen und gemeinsam arbeiteten. Selbst manche in Württemberg offi-zial eingeführten Bücher konnten nicht in genügender An-zahl geliefert werden, so die ausgezeichnete neue württem-bergische Bibel, das württembergische Gesangbuch, auch Bibel, Sprachhefte usw. Das Prinzip der Einseitigkeit konnte unter solchen Umständen auch nicht immer eingehalten werden, da öfters notgedrungen die eine Schulgrup-pe mit diesem, die andere mit einem andern Buche vor-zuliefern mußte. So schwierig sich hierbei die Auswahl erwies, sie mußte endlich getroffen werden, und so über-gaben wir am 8./X. der Buchhandlung Steinkopf in Stutt-gart eine Bestellung von rund 25 000 M. und, auf un-sern Rückwege nach Berlin, der Buchhandlung R. F. Kehler in Leipzig eine solche von 35 000 M. — Da es sich bei manchen Gegenständen erst später herausstellte, daß die Buchhandlungen sie nicht liefern konnten, so erliefen diese Bestellungen von Berlin aus noch wiederholte Abände-rungen.

Es mußte nun um die Ausführungsbewilligung nachgesucht und der Transport der Sachen eingeleitet werden. Erhöht wurde uns vom Reichskommissar für Aus- und Einfuhr bereitwillig zugefagt, und inbezug auf die Ablieferung er-hielt Herr Hummel vom Kriegsministerium die wiederholte Zusicherung, daß unsere Sachen, die etwa 2 Waggons aus-machen werden, mit dem ersten Militärtransport, der wie-der in den Kaukasus abgeschickt würde, mitgehen sollten. Da kam der unerwartete politische Umschwung — der Ab-fall der Verbündeten von Deutschland — und wir sahen uns plötzlich von unserer Heimat abgeschnitten. Des Be-standes der deutschen Militärbehörde herab, wäre jetzt, bei den allgemeinen Wirnissen und der Unsicherheit des Verkehrs im Dnen, jeder Versuch, die Sachen an ihren entfernten Bestimmungsort zu bringen, ausfallen gewes-sen. Dazu mußten bessere Zustände abgewartet werden. Wir übertrugen daher die Ablieferung der Transportfirma Gerhardt und Hey mit der Bedingung, unsern Antrag bei der ersten Möglichkeit auszuführen, überwiesen jedoch un-seren Buchhandlungen den ungefähren Betrag unsrer Ver-stellungen und sehten nun den günstigen Augenblick her-bei, wo wir selbst wenigstens sicher in die Heimat zurück-kehren konnten. Ein Herr aus Baku, Rußl, der unglückli-chen nach dem Kaukasus abgefahren war, kam in dieser Zeit wieder nach Berlin zurück und berichtete, daß er nur bis Sevastopol gekommen sei, da auf dem Schwarzen Meere z. B. keine Schiffe mehr verkehrten. Zubehöre angelegte „Stürmer“ und andere, bei denen wir uns erkundigten, bestätigten die Aussage. Als später die deutsche Regierung Jüge zur Ablieferung der russischen Kriegsgefangenen be-zettelte, schien auch für uns die Heimkehr möglich zu sein. So fuhrten wir den 5./XII. von Berlin ab und ge-langten nach einer schwierigen Reise über Bjeslof, Brest-Litowsk, Rowno, Kasjatin, Dvessa und Poti den 3. Januar in der Heimat an.

Lehrer J. Walker.

Herausgeber: Das 3.-R. des transkauk. deutschen Verbandes. Verantwortlich für die Redaktion: Das Redaktionskomitee.